

Evaluation und Fortführung des Projekts "städtischer Ämterlotse"

Gremium:	Sozialausschuss	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich
Tagesordnungspunkt:	4	Zuständigkeit:	Referat 4
Sitzungsdatum:	17.10.2023	Stadt Landshut, den	28.09.2023
Sitzungsnummer:	14	Ersteller:	Limmer, Christoph

Vormerkung:

Kurzübersicht

Sachverhalt (kurz):	Evaluation und Fortführung des (Pilot-)Projekts „städtischer Ämterlotse“ zur Unterstützung der Migrationsberatung in Landshut. Antrag des Integrationsbeirats zur Fortführung des Projekts vom 05.09.2023
Beteiligung der Gremien	<input type="checkbox"/> Behindertenbeirat: <input checked="" type="checkbox"/> Integrationsbeirat: Antragsteller (Antrag vom 05.09.2023); zur Sitzung geladen <input type="checkbox"/> Seniorenbeirat:
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> noch offen, ob finanzielle Auswirkungen, weil: <input checked="" type="checkbox"/> die Finanzierung wird wie folgt sichergestellt: Anmeldung im Stellenplan für das Jahr 2024
	<input type="checkbox"/> kommunale Pflicht <input checked="" type="checkbox"/> freiwillige Leistung
Auswirkungen auf den Stellenplan	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja: <input type="checkbox"/> Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans <input type="checkbox"/> Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang <input type="checkbox"/> Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt
Weitere Geschäftsbereiche/ Dienststellen	<input checked="" type="checkbox"/> Referat 1 – Hauptamt und Personalamt <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Beratungsfolge	Sozialausschuss, Personalsenat

1. Entstehung

Der Integrationsbeirat beantragte die Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel für eine Vollzeitstelle in der Migrationsberatung.

Die Notwendigkeit wurde durch die Ankunft von Flüchtlingen aus der Ukraine begründet. Die zuständige Beratungsstelle des Landshuter Netzwerk e. V. sei überlastet. Zusätzliche Beratungskapazitäten könnten durch den Träger nicht bereitgestellt werden, da die Eigenmittel (Eigenmittelquote 20 Prozent) nicht aufgebracht werden können.

Weiter wurde der Bedarf im Rahmen der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe (ARGE) am 19. Oktober 2022 ebenfalls dargestellt. Die ARGE verständigte sich die Lösungsfindung auszulagern und im Austausch mit Caritasverband Landshut e.V., Landshuter Netzwerk e.V. und Stadtverwaltung einen Lösungsvorschlag zu entwickeln.

Unter Verweis auf die Beschlussfassung (Anlage 1) im Sozialausschuss am 5. Dezember 2022 – unter Betrachtung verschiedener Lösungsmöglichkeiten – hat sich der Sozialausschuss für das Pilotprojekt „städtischer Ämterlotsen“ ausgesprochen.

Daneben wurde die Verwaltung beauftragt, das Projekt zu evaluieren und dem Sozialausschuss zu berichten.

2. Evaluation des Projekts

Durch das Projekt sollten folgende Ziele erreicht werden:

- Entlastung der Migrationsberatung
- Unterstützung von ukrainischen Flüchtlingen bei Behördenangelegenheiten
- Entlastung der Verwaltung

Die Evaluation des Projekts wird in folgende vier Bereiche unterteilt:

- 2.1 Projektbeschreibung
- 2.2 Statistische Auswertung
- 2.3 Mehrwerte für Beratungsstellen und unterstützte Personen
- 2.4 Mehrwerte für die Stadtverwaltung Landshut

2.1 Projektbeschreibung

Die Stadt Landshut hat für das Projekt eine Vollzeitstelle bereitgestellt. Diese Vollzeitstelle wurde im März 2023 durch zwei Teilzeitkräfte zu gleichen Teilen besetzt.

In enger Abstimmung mit den Migrationsberatungsstellen in Landshut wurden die Aufgabenbereiche mit dem Ziel der Abgrenzung und Ergänzung zum bestehenden Beratungsangebot erarbeitet. Ebenso wurden die einschlägigen Ämter der Stadtverwaltung sowie das Jobcenter in diesen Prozess miteingebunden.

Die einzelnen Tätigkeiten im Überblick:

- Beratung/Unterstützung/Austausch
 - a) Ausfüllen von Anträgen und Formblättern (inkl. Nachweiserbringung)
 - b) Begleitung bei Behördengängen
 - c) Unterstützung beim Verstehen und Einordnen behördlicher Schriftstücke
 - d) Koordinierung der Hilfesuchenden zu den richtigen Behörden
 - e) Sprechstundenmanagement

- f) enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Stellen der Migrationsberatung
- g) enge Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Helferkreisen

- Mitarbeit in Arbeitskreisen
- Projektarbeit, Statistikpflege, Wissensmanagement

Zur Übersicht über die verschiedenen Einsatzorte wird auf die „Einsatzplanung“ (Anlage 2) verwiesen.

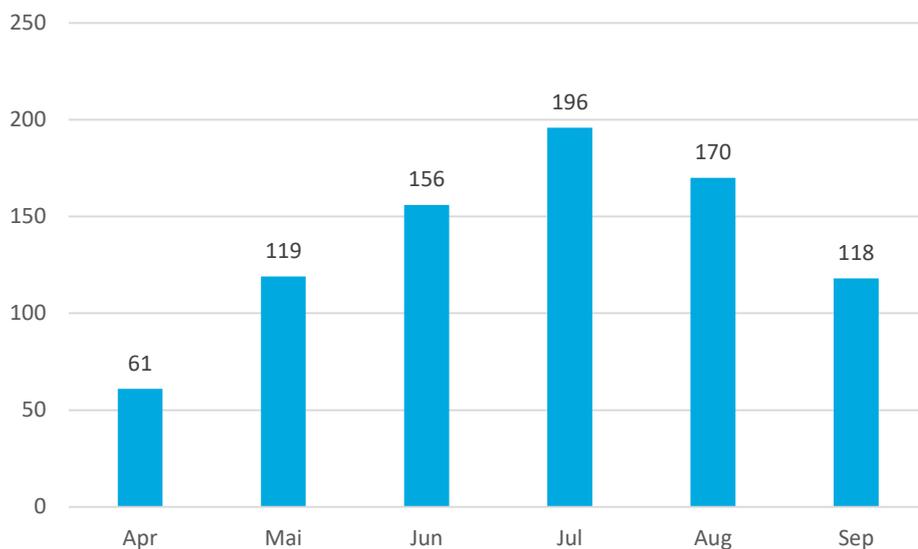
2.2 Statistische Auswertung

Die statistische Auswertung gibt einen Blick auf die Unterstützungskontakte von April bis Mitte September 2023.

Nach Einarbeitung, Austausch und Knüpfung erster Kontakte im Netzwerk der Beratungsstellen konnten die Ämterlotsinnen die Unterstützungstätigkeit ab April 2023 aufnehmen.

a) Beratungskontakte

Im Zeitraum von 3. April bis 21. September 2023 fanden insgesamt 820 Unterstützungsgespräche statt (davon 249 männlich, 566 weiblich).

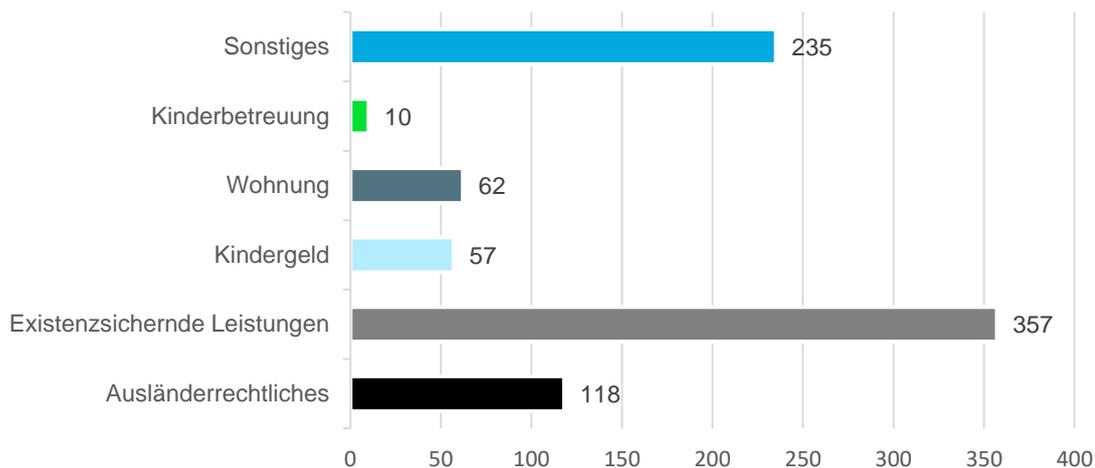


Es werden ukrainische Flüchtlinge aus der dezentralen Unterkunft (Siemensstraße) und aus privaten Wohnungen beraten. Im Einzelnen:

Siemensstraße 15b	659 Personen
private Wohnung	155 Personen

b) Unterstützungsthemen

- Ausländerrecht 118
- Existenzsichernde Leistungen 357
- Kindergeld 57
- Wohnung 62
- Kinderbetreuung 10
- Sonstiges 235



2.3 Mehrwerte für Beratungsstellen und unterstützte Personen

Im Rahmen dieser Evaluation wurden folgende Träger von Beratungsstellen zum Projekt befragt: Caritasverband Landshut e. V., Haus International e. V., Landshuter Netzwerk e. V.

Aus den Rückmeldungen können folgende Kernaussagen getroffen werden:

- Alle Beratungsstellen profitieren von den zusätzlich geschaffenen Kapazitäten. Der Mehrwert der Ämterlotsinnen war bereits nach dem ersten Monat spürbar. Die einzelnen Träger können sich wieder den Klientinnen und Klienten ihres „Zuständigkeitsbereichs“ widmen. Der „Überlauf“ wurde abgebaut.
- Durch die niederschwellige Unterstützung der Flüchtlinge aus der Siemensstraße und der privat wohnenden Flüchtlinge ist wieder Zeit für die schwierigen Aufgaben der Migrationsberatung in komplexen Fallgestaltungen.
- Die Unterstützung der Menschen bei den „ersten Schritten“ (z. B. Anmeldung, Ersterorientierung, Leistungsanträge, Krankenkasse, Schule, Kindergarten, Sprachkursen) ermöglicht ein gutes Ankommen und entspannt die Wartezeit bis zum ersten Termin der Migrationsberatung.
- Die Fortführung des Projekts ist ausdrücklich gewünscht. Der Unterstützungsbedarf der Menschen, insbesondere der Neuankömmlinge, ist weiterhin groß. Nur durch Weiterführung des Projekts kann das aktuell bestehende Niveau der Migrationsberatung aufrechterhalten werden. Andernfalls tritt die Überlastungssituation aus 2022 erneut ein.
- Die Klientinnen und Klienten der Beratungsstellen schätzen die Arbeit der Ämterlotsinnen und nehmen das Hilfsangebot gerne an. Gewinnbringend wird auch erkannt, dass die Wartezeiten auf Termine deutlich reduziert werden konnten. Verwirrend sei jedoch, dass die Ämterlotsinnen verschiedene Einsatzorte haben.

2.4 Mehrwerte für die Stadtverwaltung Landshut

Im Rahmen dieser Evaluation wurden folgende Dienststellen zum Projekt befragt: Jugendamt, Ausländeramt, Jobcenter, Fachbereich Sozialhilfe, Fachbereich Wohnungswesen/Wohngeld

Aus den Rückmeldungen können folgende Kernaussagen getroffen werden:

- Die Entlastung wurde in den einzelnen Dienststellen unterschiedlich wahrgenommen. Das Ausländeramt, der Fachbereich Sozialhilfe und der Fachbereich Wohnungswesen/Wohngeld hat deutliche Entlastungen gespürt. Auch das Jobcenter wurde im Bereich der Leistungsgewährung und Kundenportal spürbar entlastet.

- Die Ämterlotsinnen haben Anfragen in den Fachstellen vermieden, da viele Fragen bereits vorab geklärt werden konnten. Beide Ämterlotsinnen haben sich schnell in die grundlegenden Bearbeitungsschritte eingefunden und konnten dadurch Informationen zielgerichtet geben.
- Durch die Ämterlotsinnen konnte die Sprachbarriere im Rahmen der Antragsverfahren und in der Kommunikation nahezu abgebaut werden. Die Vorsprachen und auch die Wartezeiten von ukrainischen Flüchtlingen im Behördenkontakt konnte spürbar verringert werden.
- Die Frage der Fortführung wurde von den Dienststellen befürwortet, sofern sich im Konflikt des russischen Angriffskrieges keine zeitnahe Lösung findet und dadurch die Flüchtlingszahlen gesenkt werden können.

3. Ausblick und Bedarf der Projektfortführung

Die Fortführung des Projekts wird seitens aller Beratungsstellen befürwortet. Auch einzelne Dienststellen der Stadtverwaltung sehen deutlich den Bedarf.

Der Integrationsbeirat hat mit Antrag vom 5. September 2023 die Fortführung des Projekts um ein weiteres Jahr, also bis 31. Dezember 2024, beantragt (Anlage 3).

Nach Angaben des Amtes für Migration und Integration waren in der Siemensstraße folgende Zu- und Abgänge zu verzeichnen:

	Jan 23	Feb 23	Mrz 23	Apr 23	Mai 23	Jun 23	Juli 23	Aug 23
Zugang	18	25	15	32	14	10	22	31
Abgang	42	38	17	35	51	17	36	14

Die Abgänge untergliedern sich wie folgt:

	Jan 23	Feb 23	Mrz 23	Apr 23	Mai 23	Jun 23	Juli 23	Aug 23
Unterkunftswechsel	15	16	1	7	2	0	1	1
Private Wohnsitznahme	19	6	12	15	27	11	12	11
Wegzug aus Landshut	8	16	4	13	22	6	23	2

Mithin zeigen die Zahlen allein mit Blick auf die Bewegungen in der Siemensstraße, dass weiterhin mit Neuankömmlingen zu rechnen ist. Möglicherweise werden sich die Zahlen zum Herbst/Winter wieder steigern.

Die Fluchtbewegungen können vor Ort nur begrenzt beeinflusst werden. Zuzüge nach Landshut außerhalb der städtischen Unterkünfte stehen nicht im „Machtbereich“ der Stadt Landshut.

Alternative Lösungen sind schwer zu finden. Die Sprachbarriere ist vorhanden und wird auch in Zukunft vorhanden sein.

4. Kosten des Projekts

Die städtischen Kosten des Projekts können für das Jahr 2024 auf rund 62.500 € festgesetzt werden.

Diese Kosten untergliedern sich in folgende Bereiche:

Personalkosten	rund 60.500 €
Sachkosten (IT-Ausstattung, Kommunikation, Verbrauchsmaterial)	rund 2.000 €

Diese Kosten sind nicht im Rahmen der Quartalsabrechnung mit der Regierung von Niederbayern erstattungsfähig. Die Fortführung des Projekts belastet allein den städtischen Haushalt.

Beschlussvorschlag

1. Das Pilotprojekt „städtischer Ämterlotse“ wird aufgrund der dargestellten Evaluation positiv bewertet.
2. Der Sozialausschuss befürwortet die Fortführung des Projekts „städtischer Ämterlotse“ bis 31.12.2024.
3. Dem Antrag vom 05.09.2023 des Integrationsbeirats wird damit entsprochen.
4. Der Sozialausschuss empfiehlt, die erforderlichen Stellen zur Fortführung des Projekts „städtische Ämterlotse“ im Rahmen des Stellenplans 2024 zu schaffen.

Anlagen:

Anlage 1 - Beschluss Sozialausschuss vom 05.12.2022 TOP 3

Anlage 2 - Einsatzplanung Ämterlotsinnen

Anlage 3 - Antrag des Integrationsbeirats vom 05.09.2023